

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Hans Herold

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 6 und 7 auf:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2019 (Drs. 18/10874)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2019 für den Epl. 11 (Drs. 18/15036)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredzeit der Fraktionen von 54 Minuten vereinbart. Als erster Redner hat der Kollege Hans Herold für die CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich einen ganz besonderen Dank aussprechen. Mein Dank gilt zunächst dem Bayerischen Obersten Rechnungshof mit seinem Präsidenten Christoph Hillenbrand für die sorgfältige und fundierte Arbeit. Die Arbeit wird, wie Sie alle wissen, sehr geschätzt und, wenn ich an die Errichtung der BayernFonds-Kommission und weitere Änderungen am BayernFonds-Gesetz im letzten Jahr denke, vom Landtag auch sehr gerne angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die exakte und korrekte Verwaltung des staatlichen Vermögens danke ich insbesondere unserem Finanzminister Albert Füracker und seinen Beamtinnen und Beamten. Einen Haushalt mit einem Volumen von mehr als 64 Milliarden Euro zu vollziehen, ist, denke ich, eine sehr anspruchsvolle Arbeit und Aufgabe. Herzlichen Dank dafür!

Ich möchte daneben auch dem Finanzministerium für das hervorragende Schuldenmanagement danken. Es begründet nicht nur regelmäßig die Spitzenrankings, die der

Freistaat erhält, sondern auch der ORH bestätigt, dass das Risiko für Zinsänderungen wegen der konservativen und langfristigen Struktur des Schuldenportfolios niedrig ist. Damit diese vorausschauende und auch anspruchsvolle Arbeit ebenfalls Erwähnung findet, meinen ganz besonderen Dank!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein paar Aussagen zu den allgemeinen Feststellungen: Der Bericht des ORH macht deutlich, dass die Staatsregierung erneut hervorragend gewirtschaftet hat. Er enthält im allgemeinen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Teil keine Beanstandungen. Das möchte ich ausdrücklich betonen: keine Beanstandungen!

Der ORH bescheinigt dem Freistaat Bayern eine geordnete Haushalts- und auch Wirtschaftsführung. Einnahmen von immerhin 65,9 Milliarden Euro standen im Jahr 2019 Ausgaben von 64,7 Milliarden Euro gegenüber. Das heißt konkret: Ein Plus von 1,2 Milliarden Euro konnte der Rücklage zugeführt werden. Ich denke, auch das ist eine sehr wichtige Aussage. Das war zwar deutlich weniger als im Jahr 2018, als ein Überschuss von immerhin 4,2 Milliarden Euro erzielt worden war. Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigen diese Zahlen, dass die Bayerische Staatsregierung äußerst umsichtig und sehr zurückhaltend mit den ihr anvertrauten Mitteln umgeht.

Die Einnahmen fielen seit vielen Jahren das erste Mal geringer aus als erwartet. Das lag aber auch daran, dass wegen der guten Liquidität Anschlussfinanzierungen aufgeschoben werden konnten – insofern, wie ich denke, ein angenehmer Rückgang an Einnahmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Steuereinnahmen – auch das möchte ich ausdrücklich betonen – sind schon 2019 nur noch geringfügig, in Höhe von knapp 20 Millionen Euro, über die Planungen gestiegen. Sie liegen aber immer noch um mehr als 1,1 Milliarden Euro höher als im Vorjahr 2018. Aber – das sollten wir auch immer wieder betonen – diese Zeiten gehören der Vergangenheit an.

Die Steuern sind mit über 80 % die größte Einnahmequelle des Freistaates Bayern. Dies zeigt im Umkehrschluss aber auch, wie vorsichtig wir immer wieder auf sinkende Steuereinnahmen reagieren müssen. Die aktuelle Steuerschätzung vom Mai, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht davon aus, dass die Steuereinnahmen in diesem und im nächsten Jahr immer noch um 3 bzw. 2,4 Milliarden Euro unter den vor Corona geschätzten Einnahmen liegen. Eine finanziell solide Politik, wie sie wir von der CSU-Fraktion und natürlich die Staatsregierung verfolgen, ist gerade auch in diesen schwierigen Zeiten wichtiger denn je.

Die Ausgaben für Investitionen stiegen 2019 gegenüber dem Vorjahr um über 1 Milliarde Euro an. Das heißt konkret: Die Investitionsquote, deren Bedeutung ich ausdrücklich betonen möchte, betrug 11,8 %. Das ist weiterhin der Spitzenplatz unter den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern, liebe Kolleginnen und Kollegen; der Durchschnitt liegt nämlich bei 9,4 %. Das beweist aber auch, dass die Ankündigungen und Versprechungen der CSU in den Haushaltsreden keine leeren Worte sind.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen stiegen um 7,7 % auf 1,78 Milliarden Euro an. Die Investitionen in Straßen-, Brücken- und Wasserbau machen davon allein rund 703 Millionen Euro aus; der entsprechende Anteil stieg im Vergleich zu den übrigen Baumaßnahmen. Auch das ist eine wichtige Aussage, gerade für uns im ländlichen Raum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Rahmen der Investitionsförderung fallen die Schwerpunkte der CSU-Politik ganz massiv auf. So hat sich die Förderung des Wohnungsbaus auf 554 Millionen Euro fast verdoppelt. Ebenso haben sich die Investitionen in den Schienenpersonennahverkehr verdoppelt. Die regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung ist um 14,7 % gestiegen. Im Bereich Wissenschaft stieg die Förderung insgesamt um 6,2 %. Die Schwerpunkte der CSU-Politik – Wohnungsbau, Heimatstrategie, Wissenschaftsförderung – sind offensichtlich auch im Vollzug des Haushalts finanziell stark abgebildet. Wir als Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN reden nicht nur, sondern handeln auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch hier eine Aussage zu den Personalausgaben machen. Persönlich möchte ich an dieser Stelle etwas kritisch anmerken, dass die Personalausgaben gegenüber 2018 um über eine Milliarde Euro gestiegen sind. Gerade mit Blick auf die überproportional steigenden Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger ist bei Neueinstellungen Zurückhaltung geboten. Das möchte ich ausdrücklich betonen: Dabei ist Zurückhaltung geboten.

Ich betone immer wieder im Ausschuss, aber auch hier im Plenum: Wir können nicht viele weitere Stellen schaffen. Auch im Jahr 2021 haben wir durch den aktuellen Haushalt über 5.000 neue Stellen geschaffen. Die in den letzten Jahren geschaffenen zusätzlichen Stellen gehen natürlich auf die Schwerpunktsetzung der Staatsregierung in den Bereichen Bildung und Sicherheit zurück. Das sind wichtige Bereiche, was ich ausdrücklich betonen möchte.

Dennoch müssen wir auch selbst Zurückhaltung üben, gerade beim Schaffen von neuen staatlichen Aufgaben, die wiederum Personalforderungen nach sich ziehen. Das gilt für uns, aber noch viel mehr für die Opposition. Ich denke an Ihre Stellenforderungen in den Beratungen zum Haushalt 2021. Bei Zustimmung hätten wir bei den Personalausgaben zweistellige Steigerungsraten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Haushaltsausschuss am 22. April 2021 die 14 vom ORH aufgegriffenen Prüfungsergebnisse intensiv besprochen und entsprechende Beschlüsse gefasst. Darin wird die Staatsregierung ersucht, konkrete Abläufe in einzelnen Ressorts zu verbessern und Mängel abzustellen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit der weitgehenden Umsetzung der Anregungen des Obersten Rechnungshofes wollen wir gewährleisten, dass die gute, erfolgreiche bayerische Haushaltsführung weiter verbessert wird und der Freistaat Bayern auch künftig über solide Finanzen verfügt. Die CSU wird

daher der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Jahr 2019 mit großer Überzeugung zustimmen.

Abschließend darf ich Sie ebenfalls um Zustimmung zu dem Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2019 für den Einzelplan 11 bitten.

So viel in aller Kürze von meiner Seite. Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Herold. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern uns: 2019 – boomende Konjunktur, sprudelnde Steuereinnahmen in Bayern, niedriges Zinsniveau, die bereinigten Einnahmen gegenüber 2018 noch einmal um 2,2 Milliarden Euro auf 66 Milliarden Euro gestiegen, die bereinigten Ausgaben allerdings auch, um 5,1 Milliarden Euro. Die Betrachtung von Schuldenstand, Rücklage und aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen ergibt eigentlich ein positives Bild der Haushaltslage vor der Corona-Pandemie. Trotzdem lagen am Ende die Ausgaben um gut eine Milliarde Euro unter dem geplanten Soll. Das hat aber nichts mit sparsamer Haushaltsführung oder Haushaltsdisziplin zu tun, wie man auf den ersten Blick vielleicht meinen könnte; denn allein 860 Millionen Euro davon sind nicht durchgeführte Investitionen, also verdeckte Schulden für unsere Kinder.

Damit sind wir schlagartig in der Gegenwart, auch wenn es heute um 2019 geht. Die Ausgabereste, das heißt, Ihre nicht gemachten Hausaufgaben, steigen nämlich wieder an, diesmal um 660 Millionen Euro auf 8 Milliarden Euro. Sie steigen leider zusammen mit dem immensen Investitionsstau.

Ich erinnere an unsere Anträge auf Resteeinzug. Jahrelang ging das angeblich nicht; dann gab es doch einen Resteeinzug von 393 Millionen Euro. Trotz dieses Resteeinzugs bleibt noch so viel auf der Strecke; so hoch sind die Ausgabereste. Damit kann man schon einmal festhalten: Dem Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung wurde nicht entsprochen.

Wenn wir nach vorne blicken, lässt das Schauen auf die Etats 2020 und 2021 vermuten, dass die Reste weiter anwachsen werden, weil die Gelder für Ihre in der Pandemie im Wochenrhythmus angekündigten Projekte gar nicht ausgegeben werden konnten. Dabei wäre es im vergangenen Jahr so wichtig gewesen, anzupacken und umzusetzen. Stattdessen stehen wir weiterhin in vielen Bereichen durch Untätigkeit extrem blank da:

(Beifall bei den GRÜNEN)

mangelnde Ausgabendisziplin, fehlende Priorisierung, geringer Schuldenabbau, kein Weitblick. Außerdem lähmen uns auch noch die Wahlgeschenke in Milliardenhöhe; nicht zu vergessen der Investitionsstau in der Bildung, in der Infrastruktur, bei der Pflege, bei Gesundheit und bei Mobilität sowie die lange Liste der Großprojekte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, jetzt geht es doch darum, die Ausgaben von Steuergeldern auf die Zukunft auszurichten, Probleme zu lösen statt sie immer nur kurzfristig mit Geld zuzudecken.

Wir GRÜNE haben Ihnen in den Haushaltsberatungen rechtzeitig die Klimamilliarde auf den Tisch gelegt und konkret umzusetzende Investitionen in allen Sektoren benannt: Schutz von Trinkwasser und Böden, ökologische Landwirtschaft, Energiesystem der Zukunft, Verkehrswende. Scheuen Sie sich bitte nicht! Schauen Sie noch einmal nach; denn so würde nachhaltig gehandelt, so geht Generationengerechtigkeit.

Beim Thema Controlling mahnt eigentlich auch der ORH zu mehr Nachhaltigkeit der Ausgaben. Danke an den Präsidenten Hillenbrand – da schließe ich mich an, Herr

Kollege Herold – und an das gesamte Team für die Arbeit im ganzen Jahr; denn in schwierigen Zeiten mit Angriffen auf unsere Demokratie garantiert der ORH mehr denn je Kontrolle, Transparenz und Information. Er legt den Finger in die Wunde und regt zur Debatte an. Dies ist wichtig; denn natürlich müssen wir im Parlament über die Milliardenausgaben sprechen und dürfen auch ruhig einmal streiten; denn die Milliarden an Steuergeldern in Bayern dürfen nicht mehr länger der Entscheidung Einzelner unterworfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der ORH hatte in der Pandemie übrigens nahtlos auf IT umgestellt und hatte überhaupt keine Probleme, sofort vom Homeoffice aus weiterzuarbeiten. Leider zeigt der Bericht aber, dass er eines der wenigen, wenn nicht das einzige Ressort ist, in dem das nahtlos geklappt hat.

Eigentlich wollte ich in meiner Rede heute zum bayerischen IT-Dornröschenschlaf auf einige Punkte des ORH näher eingehen: die Verfahrenssicherheit im Bereich der Personalverwaltung, Betriebsprüfungen bei Klein- und Mittelbetrieben. – 49 %, fast die Hälfte, der Stichproben sind fehlerhaft, weil das Risikomanagement zu wenig genutzt wurde, weil die Datenübertragung mit dem Programm KONSENS nicht funktioniert und weitere Steuerausfallrisiken in Millionenhöhe produziert. Bei der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen fehlt immer noch die digitale Erfassung; damit fehlen weiter Beträge in zweistelliger Millionenhöhe. Auch die Hochschulen bewerkstelligen ihre Reisekostenabrechnungen immer noch nicht mit einem zeitgemäßen IT-System. Eigentlich sieht man schon daran, wie sehr die Ressorts digital hinterherhinken.

Nach der jüngsten beratenden Äußerung des ORH ist für uns alle klar: Es ist das Kultusministerium, das den ersten Preis bei der IT-Ignoranz gewinnt. An einer einheitlichen Schul-Software wird seit 2004 gebastelt. Sie kostet inzwischen das 25-Fache des ursprünglich veranschlagten Betrags, nämlich 272 Millionen Euro Steuergeld.

Sämtliche Zielvorgaben und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, sogar Ist-Analysen wurden all die Jahre weggelassen. Das ist symptomatisch für die Haushaltspolitik in Bayern, symptomatisch für die Kultuspolitik in Bayern und symptomatisch für den Stellenwert der Digitalisierung. Wenn Sie nicht aufpassen, sehr geehrte Herren, dann heißen die drei Säulen der Digitalisierung nicht Software, Hardware und Fortbildung, sondern Projektverzögerung, ausufernde Kosten und eingeschränkte Funktionalität.

Als Mutter habe ich mich immer gewundert, wie sich das Kultusministerium jeden Herbst wieder von der Anzahl der Schülerinnen und Schüler überraschen lässt und wieder nicht genügend Lehrkräfte bereitgestellt hat. Jetzt aber weiß ich es, und ich sage Ihnen, wie es gelaufen ist: Zwanzig Jahre lang wurden bei unseren Verwaltungen einschneidende Fehler gemacht. CSU-Finanzminister und CSU-Kultusminister haben jahrelang Personal eingespart und sich auch noch dafür gerühmt, dies mit Digitalisierung aufzufangen und auszugleichen. In Wirklichkeit aber wurde nur Personal eingespart und die versprochene Digitalisierung überhaupt nicht angegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unzählige Anträge der Opposition hat es gebraucht, bis Sie aufgewacht sind und Ihre Personalpolitik endlich geändert haben. Ich warne Sie: Warten Sie jetzt bitte nicht mehr zwanzig Jahre, bis Sie das in Angriff nehmen. Sehen Sie sich unseren Antrag zur Taskforce im Digitalministerium noch einmal an! Sehen Sie sich auch unsere Anträge und unsere Vorschläge zur Luca-App an! Dies wird nämlich der nächste IT- und Datenschutz-Flop, wenn Sie nicht aufpassen.

Der zweite große Bereich im ORH-Bericht sind die Förderprogramme. Ich fange mit dem schlimmsten an, Stichwort: Dürreschäden. Dort gab es bei 40 % der geprüften Fälle Mängel. Verwaltungskapazitäten wurden für die Entschädigung von Kleinstschäden gebunden und dabei die existenzgefährdeten Landwirte übersehen oder ihre Fälle auf die lange Bank geschoben. Auf Einkommensprüfung und Berechnung des tatsächlichen Schadens wurde schon mal ganz verzichtet. Bei den Fördermitteln für den kom-

munalen Straßenbau gab es keine qualitätsgesicherten und vereinheitlichten Verfahren. Es gab 1.200 laufende Förderverfahren in einem Jahr. 100 Verfahren laufen seit zehn Jahren. In Ihrem Beschlussvorschlag haben Sie noch vorgeschlagen, das Wort "Erfolgskontrolle" hervorzuheben. Dies ist mehr als lächerlich; denn – ich bitte Sie! – Erfolgskontrolle ist das Grundprinzip von Wirtschaftlichkeit und eigentlich in der Haushaltsordnung auch so festgelegt.

Auch bei den RÖFE, der Tourismusförderung, fördern wir ohne Erfolgskontrolle mit dem Fazit, dass bei 70 % der Förderfälle die Regelförderung überschritten wurde. Das grenzt an Willkür.

Packen Sie Ihre Versäumnisse endlich an, aber bitte strukturiert und mit zeitgemäßen Leistungsparametern in den Förderrichtlinien, in denen auch Nachhaltigkeitskriterien vorkommen: Klimaschutz, Artenschutz, Flächenverbrauch! Das müssen wir jetzt mitdenken.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, auch einen schönen Gruß an den Herrn Ministerpräsidenten: Nur viel Geld auszugeben und dies rhetorisch mit markigen Worten zu begleiten, reicht definitiv nicht mehr. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wir stehen vor riesengroßen Herausforderungen, und zwar weiterhin, auch wenn Corona vorbei ist: echter Klimaschutz, Klimaanpassung, Bildung, Pflege, Mobilität, Wohnungsbau. Das wird nicht mit Ausnahmegenehmigungen und mit Sonderfonds funktionieren. Dafür brauchen wir endlich zielgerichtete, effiziente, nachhaltige Infrastrukturinvestitionen, die dann auch einer Prüfung gut standhalten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Claudia Köhler (GRÜNE): Diese Vorschläge finden Sie jederzeit auf unserer Homepage www.gruene-fraktion-bayern.de. Wir helfen gerne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Köhler, ich glaube, es ist besser, Haushaltsausgaberesste in das nächste Jahr zu übertragen, als im Mai schon alle Mittel für Investitionen aufgebraucht zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich meine, der Freistaat Bayern hat nicht nur eine geordnete Haushaltsführung, sondern auch über Jahrzehnte hinaus eine kluge und sehr seriöse, zukunftsgerichtete und, um Ihr Lieblingswort zu zitieren, nachhaltige Haushaltspolitik betrieben.

Liebe Frau Köhler, jetzt sage ich Ihnen einmal den Unterschied zwischen Ihnen als Oppositionspolitikerin und mir als früherem Oppositionspolitiker. Ich stand auch einmal als Oppositionspolitiker hier und durfte mich mit der Haushaltspolitik der CSU und der CSU/FDP-Koalition befassen. Es gab einen Punkt, da musste man – um Ihr Wort zu verwenden – den Finger in die Wunde legen. Beim Landesbankskandal hat die CSU tatsächlich sehr fahrlässig möglicherweise sogar noch mehr Steuergeld des Freistaats Bayern in Milliardenhöhe aufs Spiel gesetzt. Ansonsten, und das habe ich in zehn Jahren Oppositionstätigkeit nie anders gesagt, muss man der Bayerischen Staatsregierung aber auch für die Vergangenheit bescheinigen, dass sie die Weichen für die Zukunft gut gestellt hat, und das Gleiche tut auch diese Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushaltspolitik ist das, was Sie unter Nachhaltigkeit verstehen, Frau Kollegin Köhler. Wenn wir heute den Haushalt 2019 besprechen und der Staatsregierung heute die Entlastung erteilen, wofür ich werbe, kann man auch sagen, dass die Haushaltspolitik des Jahres 2019 und der Jahre vorher die Grundlage dafür gelegt hat, dass wir diese

schreckliche Pandemie zumindest wirtschaftlich auf zwei Beinen bewältigt haben. Wir sind nicht umgefallen, und wir sind nicht in erhebliche Schwierigkeiten geraten, in die wir jedoch gekommen wären, wenn wir das Geld vorher bedenkenlos verschleudert bzw. ausgegeben hätten.

Liebe Frau Kollegin Köhler, ich finde es befremdlich, dass Sie immer von Steuergeschenken sprechen, die wir machen. Wir geben das Geld, das uns der Steuerzahler anvertraut, seriös aus und setzen genauso Schwerpunkte, wie auch Sie Schwerpunkte setzen. Das ist doch das gute Recht einer jeden Fraktion; denn wir leben Gott sei Dank nicht in einem Staat mit einer sozialistischen Einheitspartei, sondern wir haben ein Parlament mit verschiedenen Fraktionen, die verschiedene Schwerpunkte setzen. Unsere Schwerpunkte waren immer die Stärkung der Kommunen, der Regionen und des ländlichen Raums, und ich kann mit einem gewissen Stolz sagen, dass uns das in den letzten zehn Jahren gelungen ist.

Selbstverständlich kann man auch aus der Opposition heraus gestalten, liebe Frau Kollegin Köhler. Sie müssen sich nicht hinstellen und sagen, wir haben Anträge gestellt; denn das ist eine Selbstverständlichkeit, und Anträge zu stellen, gehört zu Ihrer Daseinsberechtigung. Unsere Aufgabe ist hingegen, sich mit Ihren vielen Anträgen zu befassen, die wenigen guten Anträge herauszupicken und umzusetzen und die anderen Anträge konsequent abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen noch etwas, was mir gravierend gegen den Strich geht, wenn ich mir Ihre Rede anhöre. Sie haben kein Wort zu den Einnahmen gesagt, sondern Sie reden immer nur darüber, ob man da oder dort etwas mehr oder etwas weniger hätte ausgeben können. Darüber kann man diskutieren; das ist keine Frage. Das A und O einer seriösen Haushaltspolitik ist allerdings, sich darum zu kümmern, dass auch Steuereinnahmen hereinkommen.

Diese Steuereinnahmen kommen aber ganz sicher nicht so herein, wie Sie das wollen; denn das geschieht nicht mit einem Verbot und einem Verzicht, mit einem Bashing der Automobilindustrie, die gerade in Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, oder mit einem Bashing der Landwirtschaft, das Sie ständig betreiben, weil für Sie nur die ökologische Landwirtschaft gut ist, während alle anderen Naturfrevler sind. So geht es nicht. So kann man nicht mit Menschen, mit Unternehmern, mit Steuerzahlern umgehen.

Ich bin sehr froh, dass diese Koalition die richtigen Schwerpunkte setzt und genau weiß, wie man eine Politik für mehr Steuereinnahmen machen muss, die es dann ermöglichen, das Geld zielgerichtet für die Dinge auszugeben, die wir als wichtig erachten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch ich danke an dieser Stelle dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Hiltenbrand stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Behörde. Der Oberste Rechnungshof ist ein wesentlicher und wichtiger Partner, der uns begleitet und der uns auch einmal aufzeigt, wo wir aufpassen oder umsteuern müssen. Vor allen Dingen aber berät er uns.

Ich hatte es an dieser Stelle schon einmal gesagt, und es ist es durchaus wert, wiederholt zu werden: Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich denke mit großer Dankbarkeit daran, dass uns der Oberste Rechnungshof beim Gesetz über den BayernFonds und die Finanzagentur, das wir sehr, sehr schnell auf den Weg bringen mussten, in einer rekordverdächtigen Geschwindigkeit und unter Abgabe einer hervorragenden Expertise die Schwachpunkte des Gesetzentwurfs aufgezeigt hat, damit wir reagieren und ein gutes Gesetz schaffen konnten. Da ist niemandem ein Zacken aus der Krone gebrochen – weder der Ministerialverwaltung noch der Staatsregierung noch den Regierungsfractionen. Natürlich kann man einen solchen Rat bzw. eine solche Hilfe dankbar annehmen.

Deswegen sage ich auch aus vollster Überzeugung: Nicht nur die Staatsregierung, sondern auch der Oberste Rechnungshof muss, verbunden mit einem herzlichen Dank für die geleistete Arbeit, entlastet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend: 2019 ist noch entspannt. 2020 wird schwieriger. Wie 2021 wird, werden wir sehen. Gott sei Dank haben wir in der Pandemie aber viele Weichen richtig gestellt, und wir werden sehen, was es in diesem Jahr noch an Korrekturen, Anschüben etc. bedarf. Das Gute und das Wichtige ist jedoch, dass die Grundrichtung stimmt. Der Freistaat Bayern, die Staatsregierung und die Regierungsfaktionen haben den richtigen Kompass und werden Bayern weiterhin nachhaltig in eine gute finanzielle Zukunft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um die Entlastung der Bayerischen Staatsregierung für das Jahr 2019, und der Oberste Rechnungshof – kurz: ORH – hat in diesem Zusammenhang einen Bericht vorgelegt. Zusätzlich hat der ORH einen sehr interessanten Ausblick für die Jahre 2020 und 2021 gegeben, den ich Ihnen, werte Damen und Herren Kollegen, nicht vorenthalten möchte.

Als die Ausgaben für das Jahr 2019 debattiert wurden, hat die AfD im Landtag das erste Mal an den Haushaltsverhandlungen teilgenommen. Damals haben wir kritisiert, dass die Bayerische Staatsregierung und Herr Söder trotz Rekordsteuereinnahmen nicht im Traum daran dachten, davon etwas zu sparen. Die Rekordeinnahmen hat Söder dann sogar noch mit Rekordausgaben übertroffen. Es ist auch sehr bezeich-

nend, dass Herr Ministerpräsident Söder bei dieser Debatte nicht anwesend ist; es geht ja nur um die Entlastung seiner Regierung.

"Spare in der Zeit, dann hast du in der Not" war unser Motto. Wie recht wir hatten, zeigt sich jetzt. Wir haben einen vor Rekordschulden wankenden Staatshaushalt – Schulden, die die nächsten Generationen belasten werden. Zudem droht eine zunehmende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung. Davon bekommen Sie im Wolkenkuckucksheim aber nichts mit. Sie handeln lieber in den Chefetagen der internationalen Konzerne Deals aus. Dort knallen jetzt die Champagnerkorken, und dort stößt die grüne Elite wohl gerne mit den ehrwürdigen Mitgliedern ihres Altparteienkartells an.

Bereits vor Corona hat die Bayerische Staatsregierung trotz Rekordeinnahmen das gesetzlich vorgeschriebene Ziel, bis 2030 schuldenfrei zu sein, selbtherrlich und ohne Not gestrichen. Die jährlichen Rückzahlungen der Schulden wurden gekürzt, um die Söder'schen Leuchtturmprojekte zu finanzieren. Sie blasen im CSU-GRÜNEN Bayern Milliarden rückstandsfrei ins digitale Nirwana der Großkonzerne und verwandeln zum Beispiel eine erfolgreiche Tourismusbranche in eine Wüste. Tja, wo so viel Geld für "denglischen" Nonsens locker ist, wundert es mich nicht, dass nun auch ein gewisser Herr Schwab in München eine Filiale eröffnen möchte.

Bei dem Stichwort Wüste: Der ORH moniert auch Mängel bei der Gewährung der Finanzhilfen für Dürreschäden. Auf Beschluss des Ministerrats höchstselbst hat das zuständige Ministerium mit voller Absicht gegen Förderrichtlinien verstoßen und Steuergelder gegen Recht und Gesetz vergeben. Zum Thema Tourismus passt es auch, dass der ORH die Durchführung der Förderung touristischer Infrastruktur gerügt hat. Er hat – ich zitiere – "eine Fülle an Defiziten" festgestellt. Es flossen Gelder, ohne dass überhaupt geprüft wurde, ob die Voraussetzungen der Förderrichtlinien erfüllt waren. Das öffnet Tür und Tor für eine spezielle Wirtschaft, nämlich für die Spezlwirtschaft. Das Thema hatten wir heute schon einmal.

(Beifall bei der AfD)

Aufschlussreich ist auch der Antrag, der heute zur Debatte steht, mit dem Inhalt, dass der ORH auch den Vollzug des Waffenrechts rügt. Die Regierung steht in der Kritik, dass die zuständigen Behörden den gesetzlich vorgesehenen Überprüfungen der Waffenbesitzer nicht nachkommen. Um es gleich vorwegzunehmen: Diesen Antrag lehnen wir als Partei, welche die Grundrechte und die bürgerliche Freiheit verteidigt, konsequent ab.

(Beifall bei der AfD)

Grotesk ist die Rechtfertigung der Regierung. Sie gesteht, dass die Flüchtlingskrise zu viele Behördenmitarbeiter gebunden habe und sie deswegen zu wenige zur Kontrolle habe aufbringen können. Die Regierung hätte sich zu der Erkenntnis durchringen sollen, dass die bayerischen Waffenbesitzer zu den rechtstreuesten Bürgern im Lande zählen, und das Waffenrecht von den völlig übertriebenen Verschärfungen befreien müssen. Nein, auf diese Idee kommt diese Regierung nicht, die sich hemmungslos der Kontroll- und Überwachungssucht hingibt. Kommen Sie mir nicht damit, dass es Ihnen um den Schutz der Bürger ginge! Die wirkliche Gefahr geht von den illegalen Waffenbesitzern aus, nicht von den redlichen Sportschützen und Jägern, die Kultur, Brauchtum und Heimat pflegen. Setzen Sie sich für eine Änderung des Waffenrechts in Berlin ein, dann muss der ORH auch nichts mehr kritisieren!

Kommen wir zum letzten Teil, zum Ausblick: Der ORH hat sich auch mit dem Corona-Sonderfonds und dem BayernFonds beschäftigt. Beides sind Instrumente, die zur Abmilderung Ihrer fatalen Lockdownpolitik mit jeweils 20 Milliarden Euro ausgestattet wurden, mit weiteren hohen Verschuldungsmöglichkeiten inklusive. Der Corona-Sonderfonds ist allein für Corona-Hilfen gedacht und eben nicht für Söders Hightech Agenda. Wie schon vor Corona-Zeiten konnte sich Söder nicht zurückhalten und bedient seine Prestigeprojekte auch aus diesem Finanztopf. Wir haben das von Anfang an als rechtlich nicht zulässig kritisiert, und voilà, der ORH hat uns voll und ganz bestätigt. Sie verwenden zweckwidrig Mittel aus dem Geldtopf, der für die notleidende Bevölkerung gedacht war und nicht für Ihr Prestige. Noch leben wir in einem Rechts-

staat und nicht in einer Monarchie. Halten Sie sich daran, dann klappt es auch mit dem ORH!

Damit komme ich zum letzten Punkt, zum BayernFonds. Er wurde errichtet, um den bayerischen Mittelstand zu retten, und mit 20 Milliarden Euro allein für Kredite ausgestattet. Allein die Verwaltung von Fonds und Finanzagentur kostet dieses Jahr mehr als zwei Millionen Euro. Klar, das sind für Altpolitiker natürlich Peanuts. Doch ich möchte auf Folgendes hinaus: Nach einem Jahr Arbeit hat der Fonds laut ORH gerade einmal 1,3 Millionen Euro bewilligt. Von 20 Milliarden Euro wurden 1,3 Millionen Euro vergeben. Das ist absurd und lächerlich. Die Regierung hat also mit riesigem Pomp und Tamtam den größten und nutzlosesten Fonds aus dem Boden gestampft, den es in unserer Heimat je gegeben hat.

Ich fasse zusammen: Der ORH stellt der Regierung ein fatales Zeugnis aus. Als die Steuergelder noch sprudelten, warf Söder diese mit vollen Händen um sich, anstatt für harte Zeiten zu sparen. Die Regierung ermöglicht nach wie vor den schwarzen Filz und die Spezlwirtschaft. Die Überbürokratisierung, insbesondere im Waffenrecht, erfordert mittlerweile so viele behördliche Kontrollen, dass selbst unser kontrollsüchtiger Überwachungsstaat nicht mehr hinterherkommt, und Gelder für die desaströse Lockdownpolitik werden von Söder zweckentfremdet. Wir lehnen daher diese schwarzorange Misswirtschaft und damit die Entlastung der Staatsregierung ab.

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute unter den Tagesordnungspunkten "Entlastung der Staatsregierung"

und "Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs" mit dem Vollzug und vor allem mit der Vollzugskontrolle des Staatshaushalts im Jahr 2019, wozu der ORH wiederum seinen unverzichtbaren Beitrag leistet. Die umfassenden Aufgaben des ORH sind in der Bayerischen Haushaltsordnung festgelegt, ebenso die Inhalte der Prüfung. Der ORH fasst das Ergebnis seiner Prüfung jährlich zusammen und legt es dem Landtag vor.

Wir stellen fest, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof auch mit der Vorlage des Vollzugsberichts 2021, unter anderem mit Feststellungen zur Haushaltsrechnung und zum Haushaltsvollzug und 15 Prüfungsergebnissen aus verschiedenen Geschäftsbereichen, seine Aufgabe wiederum bestens erfüllt hat. Die SPD-Landtagsfraktion dankt deshalb allen Bediensteten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs für die geleistete Arbeit, insbesondere dem Präsidenten Herrn Christoph Hillenbrand.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, diesen Dank verbinde ich mit der Ankündigung, dass die SPD-Landtagsfraktion bei der folgenden Abstimmung der Entlastung des Obersten Rechnungshofs zustimmen wird. Dagegen werden wir aber der Staatsregierung keine Entlastung erteilen, da es aus unserer Sicht noch eine ganze Reihe gravierender Kritikpunkte am Haushaltsvollzug der Staatsregierung im Haushaltsjahr 2019 gibt. Exemplarisch möchte ich vier Punkte herausgreifen:

Erstens. Die Verdoppelung der Haushaltsreste ist eine absolute Fehlentwicklung. Laut ORH haben sich die Ausgabereste in den letzten zehn Jahren verdoppelt und beliefen sich zum 31. Dezember 2019 auf 8 Milliarden Euro. Besonders hoch sind sie in den ausgesprochen wichtigen Bereichen Schienenpersonennahverkehr mit 726 Millionen Euro, ÖPNV mit 551 Millionen Euro und bei der Wohnraumförderung mit 440 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, Ausgabereste sind Gelder, die in einem Haushaltsjahr für einen bestimmten Zweck vorgesehen sind, jedoch nicht verwendet wurden. Das ist tat-

sächlich ein echtes Ärgernis, da einerseits wichtige Investitionen versäumt werden, die dringend notwendig wären, beispielsweise im Bereich der Wohnraumförderung und im Bereich des CO₂-neutralen Verkehrs. Andererseits wäre es aber auch möglich, für bestimmte realitätsnähere Ansätze im Staatshaushalt von Anfang an mehr Gelder vorzusehen.

Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, sowohl ihre Planungen als auch die Veranschlagung im Haushaltsentwurf deutlich zu verbessern. Auch hier teilen wir die Auffassung des ORH, im Investivbereich sogenannte Verpflichtungsermächtigungen zu nutzen; denn damit können die erforderlichen Gelder für Investitionen gesichert und gleichzeitig Ausgabereste vermieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Unser Fazit lautet: Die Planungen müssen optimiert und die Ausgabereste minimiert werden. Gerade die fiskalischen Erfordernisse der Corona-Pandemie machen deutlich, dass staatliche Gelder treffsicher und wirksam eingesetzt werden müssen.

Zweitens. Auch der Steuervollzug muss endlich deutlich verbessert werden. Zum 24. Mal in Folge greift der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht den unzureichenden Steuervollzug in Bayern auf. Aktuell moniert der ORH, dass kleine und mittlere Betriebe immer seltener von Betriebsprüfungen erfasst würden. Das führe zu Steuerausfallrisiken in Millionenhöhe. Darüber hinaus bestehen seit Langem Defizite bei der Bearbeitung von Steuerfällen mit Unterhaltungsaufwendungen. Der geschätzte jährliche Steuerausfall beläuft sich auf 12 Millionen Euro, die Ausfallrisiken belaufen sich auf 42 Millionen Euro. Der ORH hält dies für nicht hinnehmbar.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts von Mehrausgaben in der Corona-Krise ist die Staatsregierung ist deshalb dringend aufgefordert, den Steuervollzug insgesamt deutlich zu verbessern. Neben organisatorischen und technischen Maßnahmen sind in erster Linie auch spürbare Verbesserungen bei der Personalausstattung in der Steuerverwaltung erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Die unzureichenden Veterinärkontrollen sind inakzeptabel. Bei Veterinärkontrollen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sieht der ORH einen dringenden Handlungsbedarf. So erfüllen die Veterinärbehörden im Bereich der Tiergesundheit die vom Verordnungsgeber vorgesehenen Mindestkontrollen nicht vollständig. Die vom Verbraucherschutzministerium zu verantwortende Aufgabenkritik ist überfällig. Die derzeitige Vorgehensweise bei planmäßigen Routinekontrollen im Bereich des Tierschutzes ist aus Sicht des ORH bedenklich, sodass sich bei einigen Nutztierarten eine nicht unerhebliche Kontrolllücke ergibt. Mit dem Projekt Aufgabenkritik wurde deutlich zu spät begonnen.

Viertens. Die schweren Vergabeverstöße im Wirtschaftsministerium müssen dringend abgestellt werden. Prüfungsgegenstand des ORH war der Vollzug der Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen. Zwischen 2012 bis 2019 förderte das Wirtschaftsministerium öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen mit 96 Millionen Euro. Der ORH hat dabei erhebliche Defizite festgestellt. Diese reichen von schweren Vergabeverstößen bis hin zur Gewährung von Maximalfördersätzen von 80 % ohne nähere Begründung. Fünfzig Jahre nach Einführung dieses immer wieder fortgeschriebenen Förderprogramms ist zudem eine Erfolgskontrolle anhand klarer Maßstäbe überfällig. Dazu kommt, dass diese Überschreitungen des Förderhöchstsatzes nicht immer ausreichend begründet und dokumentiert werden.

Zum Schluss: Wir werden – verbunden mit unserem Dank und der Würdigung für die Aufgabenerfüllung – der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes zustimmen. Wir werden – verbunden mit unseren Kritikpunkten und Forderungen – der Staatsregierung keine Entlastung erteilen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lese jedes Jahr mit großem Vergnügen die Jahresberichte des ORH, denn ich habe fast immer das Gefühl, als läse ich das Parteiprogramm der FDP. Aus der Pressemitteilung zitiere ich einmal einen Satz, den ich ganz zentral finde: "Die [...] kreditfinanzierten Corona-Hilfen müssen transparent, zielgerichtet und wirksam eingesetzt werden." Das ist eine Forderung, die Sie von mir inzwischen schon oft gehört haben. Ich fordere immer, dass sich die staatlichen Ausgaben daran messen lassen müssen, ob sie quantitativ messbar und transparent sind, ob sie verständlich dargestellt werden und insbesondere auch, ob die Gestaltungsfreiheit zukünftiger Generationen berücksichtigt wird. Bei all diesen Themen hat die Staatsregierung auch laut ORH etwas Nachholbedarf.

Diese Anforderungen wollte die FDP auch im aktuellen Haushaltsgesetz verankern, aber der Vorschlag stieß bei den Regierungsparteien nur auf wohlwollende Ablehnung. Trotzdem fand ich eine Diskussion im Haushaltsausschuss entlarvend. Ich zitiere:

Abg. Georg Winter (CSU) wendet ein, zu einer Erfolgskontrolle gehöre eine Zieldefinition, die seine Fraktion gerade verhindern wolle, denn im Alltag plage man sich bereits ausreichend mit der Bürokratie.

Zieldefinition und Erfolgskontrolle werden abgelehnt, weil das Bürokratie verursacht. Das finde ich ein ziemlich dreistes Stück, muss ich zugeben. Die Forderung nach Ziel-, Transparenz- und Erfolgskontrolle bezieht sich natürlich insbesondere auf die Förderprogramme. Das haben wir heute schon ein paar Mal gehört. Man möchte meinen, dass es relativ einfach ist, eine Definition für Ziele und Messungen zu finden. Wir haben eine Umfrage gemacht und dabei festgestellt, dass das jedes Ministerium macht, wie es will. Es gibt keine Richtlinien dafür. Es gibt Programme, die seit Jahren und Jahrzehnten vor sich hin dümpeln. Es gibt manche Programme, die mit der eigentlichen politischen Zielsetzung schon lange nichts mehr zu tun haben.

Man muss auch immer wieder sagen: Was der ORH aufdeckt, sind nur Beispiele. Es ist keineswegs eine vollständige Prüfung. Wir brauchen endlich klare, einheitliche und transparente sowie nachvollziehbare Regeln für Förderprogramme.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden demnächst auch einen Vorschlag dafür vorlegen. Ich hoffe doch sehr, dass sich die Ministerien – insbesondere das Finanzministerium – auf eine ernsthafte Diskussion dazu einlassen.

Wir sprechen heute über die Ergebnisrechnung von 2019. Das heißt: Am Ende von Corona blicken wir auf ein Jahr vor Corona. Wir wissen alle, dass es nach Corona finanziell nicht mehr so weitergehen wird, wie wir es vor Corona gehabt haben. Unsere frisch gemachten Schulden werden wir noch lange mit uns herumschleppen dürfen.

Zuerst einmal zum schönen Sondertopf Corona, der schon mehrfach angesprochen worden ist. Ein CSU-Kollege hat ihn ja einmal ganz offen und kritisch einen Selbstbedienungstopf genannt. Auch der ORH hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Fonds nur für coronabedingte Aufwendungen verwendet werden darf. Dazu möchte ich auch noch einmal den Kollegen Finanzminister zitieren, der immer wieder betont hat, dass es nicht sein Ziel sei, diese 20 Milliarden Euro komplett auszugeben. – Herr Füracker, da hätte ich etwas mehr Mut erwartet. Wir haben ja schon festgestellt, dass die Steuermindereinnahmen gar nicht so schlimm wie ursprünglich kalkuliert waren. Das heißt, da müsste eigentlich schon etwas übrig bleiben. Man muss ganz klar sagen: Die 20 Milliarden Euro dürfen auf keinen Fall ausgegeben werden.

Es ist auch klar, dass man mit der Einnahmesituation nicht weiter so fortschreiten kann. Man kann insbesondere die Einnahmenschraube nicht noch weiter nach oben drehen; man muss die Bürger sogar noch viel mehr entlasten. Ich glaube und hoffe, dass der Haushalt 2022 auch einmal den Mut hat, die eine oder andere Ausgabe tatsächlich wegzulassen. Ja, wir müssen Wachstumspotenziale freisetzen. Wir müssen daran denken, dass die junge Generation nicht nur während der Corona-Krise eine

große Last getragen hat, sondern auch künftig möglicherweise eine Last zu tragen hat. Diese müssen wir so gering wie möglich halten.

Ich sage ganz bewusst: Wir müssen auch sparen; sparen nicht in dem Sinne, dass wir Dinge zusammenstreichen, sondern sparen, indem wir effektiver mit dem Geld umgehen. Darin steckt noch eine ganze Menge an Potenzial.

Es ist auch wichtig für künftige Generationen, einen genauen Tilgungsplan zu definieren. Das ist mein altes Thema. Wir haben insofern einen Tilgungsplan, als dass es Vorgaben gibt, wie die einzelnen Sondermaßnahmen – der Sonderfonds Corona-Pandemie oder eventuell auch der BayernFonds – zurückzuführen sind. Das müsste aber eigentlich für das Gesamte gelten.

Ich möchte den Kollegen Zellmeier zitieren, der in der Entlastungsdebatte 2018 einmal gesagt hat: Wir haben auch immer Forderungen abgelehnt, die Schuldenbremse aufzuweichen. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten. – Ich hoffe doch sehr, dass dieser Satz weiterhin gilt. Da haben Sie wirklich meine volle Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch ein Monitum des ORH ansprechen, das sich quer durch alle Prüfungsfeststellungen zieht. Das ist das mangelhafte oder nicht vorhandene Projektmanagement. Als Paradebeispiel ist heute auch schon das schöne Projekt ASV/ASD angesprochen worden. Das werden wir an anderer Stelle noch einmal ausführlicher diskutieren. Ich möchte aber noch einmal zeigen, was dort tatsächlich passiert ist. Ich erlaube mir, aus einem Interview mit Herrn Kollegen Zellmeier zu zitieren. Er spricht davon, dass der Fall ASV/ASD ein Einzelfall sei. Das ist für mich ein rhetorisches Rückzugsgefecht. Das ist kein Einzelfall. Der aktuelle Bericht und die Liste der ORH-Fälle zeigen: Es gibt eine ganze Menge. Das mag vielleicht ein Leuchtturm im negativen Sinne sein, aber ein Einzelfall ist es nicht. Dann ist davon die Rede, dass es schwierig sei, Verantwortliche zu finden. – Das ist ein Eingeständnis der Richtigkeit genau dessen, was wir immer fordern, nämlich dass die Verantwortlichkeiten wirklich

auch einmal definiert werden. Ich habe damals gefordert, das Projekt vorübergehend zu stoppen, bis Ziele, Verantwortlichkeiten und Termine einmal genau geregelt sind.

Noch ein Punkt, den ich anmerken wollte: Bei allen Projekten wundert mich immer wieder die Rolle des Digitalministeriums.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, danke. – Ich habe mich immer gewundert, warum das Digitalministerium keine stärkere Rolle spielt. Ich habe dazu ein wunderbares Zitat eines Leitungsfunktionsträgers aus dem Finanzministerium:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Halten Sie Ihre Redezeit auch bitte so ein, dass Sie zum Ende kommen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Wozu brauche ich das Digitalministerium? Das Digitalministerium sind doch wir. – Der Entlastung des ORH werden wir selbstverständlich zustimmen. Ich habe jetzt keine Zeit mehr, ausführlich zu danken, aber ich glaube, Herr Hillenbrand weiß, wie ich das gesehen habe. Der Staatsregierung können wir keine Entlastung erteilen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter!

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – weil wir glauben, dass sie mit dem Geld zu sorglos umgegangen ist.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit nunmehr 209 Jahren prüft der Oberste Rechnungshof, wie der Staat sein Geld ausgibt.

Das begann bereits 1812. Damals wurden die Schulden aufgrund der Napoleonischen Kriege bewältigt. Diese Aufgabe wird der ORH sicherlich – in der Verfassung abgesichert und mit richterlicher Unabhängigkeit – auch über die Corona-Zeiten hinaus weiterführen.

Eine wichtige Aufgabe des ORH ist es, dass er uns immer wieder Anregungen gibt. Er übt auch die nötige Kritik. Ich möchte dem ORH, seinem Präsidenten Herrn Hillenbrand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ganz herzlich für die hervorragende Arbeit, die hier zum Wohle des Freistaats Bayern geleistet wird, danken.

Lieber Herr Kollege Kaltenhauser, wenn der ORH immer wieder Einzelfälle aufdeckt, dann ist das für uns sehr wichtig. Für uns ist auch sehr wichtig, wenn er beratende Äußerungen macht. Daraus aber zu konstruieren, dass das nicht Einzelfälle wären, sondern System habe – das ist genau nicht der Fall. Bayern ist für seine hervorragende Finanzpolitik bekannt. Einzelfälle passieren immer wieder und werden, wenn sie der ORH anmahnt, abgestellt. Wir sind dem ORH deshalb sehr, sehr dankbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Köhler, nachdem selbst die GRÜNEN in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 22. April dieses Jahres von einem relativ positiven Bild des Haushalts gesprochen haben, kann ich nur sagen: Ja, da liegen Sie richtig. Das ist einer der Fälle, wo Sie einmal richtigliegen. Sie haben die sparsame Haushaltsführung und die Haushaltsdisziplin gelobt. Sie haben die zumindest in der Vergangenheit steigenden Einnahmen, die jahrelange Hochkonjunktur und das niedrige Zinsniveau gelobt.

Für die Zinsen können wir nichts; das ist so. Wir kritisieren das niedrige Zinsniveau sogar. Alle anderen Punkte sind aber seit Jahrzehnten Teil der CSU-Politik: finanziell solide und wirtschaftlich stark! – Das ist durch die Menschen im Land, durch die Steuerzahler, aber auch durch eine konsequente Finanzpolitik hart erarbeitet. Ich darf an dieser Stelle unserem Finanzminister Albert Füracker ganz herzlich für die hervorragende Arbeit, die er und sein Haus leisten, danken. Ich danke aber auch all seinen

Vorgängern, die genauso konsequent gearbeitet haben und seit Jahrzehnten immer aus den Reihen der CSU kamen. Das, lieber Albert, sei einmal gesagt: Dir, aber auch allen, die vor dir so konsequent gearbeitet haben, dafür danke!

Verschiedene Dinge wurden angesprochen: Ausgaben für Familiengeld, Landespflegegeld, Eigenheimzulage. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen dazu: Wir wollen die Familien stärken. Wir wollen diejenigen, die pflegen, entlasten. Wir wollen diejenigen, die sich ein Eigenheim und Eigentum schaffen wollen, unterstützen. Das ist die Politik der CSU: Eigentum unterstützen, Eigentum schaffen! Wir werden das auch in Zukunft tun.

(Zuruf)

Wir sind darauf stolz, dass wir in den letzten Jahren zigtausend Menschen und zigtausend Familien mit der Eigenheimzulage helfen konnten. Gerade die GRÜNEN sollten das nicht zu Unrecht kritisieren. Eigentum ist übrigens auch der beste Weg, um steigenden Mieten nicht mehr ausgesetzt zu sein.

Wir haben mit 11,8 % 2019 die höchste Investitionsquote aller westdeutschen Flächenländer gehabt. Im laufenden Jahr haben wir sie mit aktuell 14 % sogar noch gesteigert.

Wenn dann vonseiten der Opposition Forderungen kommen, man solle mit langfristiger Verschuldung, mit Green Bonds oder Ähnlichem investieren, dann kann ich nur sagen, dass wir das nicht mitmachen werden. Das ist unseriös. Wir machen jetzt, weil wir in der Krise sind, natürlich Schulden. Wir wollen – das ist unser Ziel – nach der Krise wieder zu einer soliden Politik zurückkehren. Wir streben wieder einen ausgeglichenen Haushalt an. Wir wollen den Haushalt nicht über versteckte Schulden, wie sie die GRÜNEN propagieren, unsolide gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir einen Blick auf das laufende Jahr und das vergangene Jahr während der Corona-Zeit. Wir haben letztes Jahr 7,2 Milliarden Euro

aufgenommen. Lieber Hans Herold, wir hatten 20 Milliarden Euro geplant; 7,2 Milliarden Euro sind nur ein gutes Drittel. Wir wollen im laufenden Jahr mit den restlichen zwei Dritteln auskommen.

Lieber Kollege Kaltenhauser, natürlich ist auch das eine Herausforderung. Wir sind dankbar dafür, wenn wir nicht alles brauchen werden. Wir werden diese zwei Drittel aber, wenn wir sie brauchen, einsetzen, weil wir die Krise bekämpfen müssen. Ich darf eines sagen: In dem Ministaat Bremen, der Schuldenkönig ist, wurden alleine 2020 9,3 Milliarden Euro als neue Schulden aufgenommen. Wenn ich richtigliege, hat Bremen 600.000 Einwohner. Wir haben bei 13 Millionen Einwohnern 7,2 Milliarden Euro aufgenommen. – Bloß mal, damit man den Unterschied sieht und auch merkt, was es ausmacht, wer ein Land regiert!

Wir in der bürgerlichen Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN – lieber Kollege Pohl, herzlichen Dank für das gute Miteinander – wollen so etwas nicht. Wir wollen nicht so unsolide wirtschaften, wie es zum Beispiel Bremen unter bekannter Führung tut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten deshalb auch nicht auf die Vorschläge der Opposition hereinfliegen; wir sollten an unserem Kurs festhalten.

Wir investieren. Wir unterstützen die Kommunen. Auch das ist ganz entscheidend und wichtig. Wir haben auch dafür gesorgt, dass nach wie vor eine Rücklage vorhanden ist. Natürlich wird sie nicht auf dem hohen Stand, den wir hatten, bleiben können; wir brauchen aber diese 6 Milliarden Euro an Rücklage, die noch vorhanden sind, um auch die künftigen Jahre zu bewältigen. Die Steuereinnahmen werden coronabedingt sicherlich noch längere Zeit nicht das Niveau der Vorjahre erreichen.

Es war richtig, dass wir die Hightech Agenda Plus über die Corona-Mittel finanziert haben, weil die Beschleunigung coronabedingt ist. Werter Kollege Ritter, es ist auch ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke, dass wir Ausgabereste haben. Es ist Ausdruck davon, dass wir Dinge langfristig planen, Verpflichtungen eingehen und nicht zwingend darauf angewiesen sind, alle Reste einzuziehen. Das ist auch ein Zeichen unse-

rer Stärke. Dass der Finanzminister trotzdem über die Jahre hinweg sehr viele Reste eingezogen hat, ist für die Fälle richtig, wo diese Reste nicht mehr gebraucht werden. Auch die globale Minderausgabe von heuer und im nächsten Jahr ist ein Zeichen dafür, dass wir die Reste nur dort belassen, wo sie noch notwendig sind.

Wir halten natürlich mit oder ohne Unterstützung der FDP an der Schuldenbremse fest. Die Schuldenbremse ist ein wichtiges Instrument. Sie ist unser Kind. Wir haben sie ins Leben gerufen und wollen sie natürlich auch weiter fortführen. Noch ein Hinweis für alle: Dass die Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung steht, ist auch vom bayerischen Volk mit großer Mehrheit abgesegnet worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir also bei einer nachhaltigen Politik auch im Bereich der Finanzen. Bleiben wir beim Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Danke allen, die diesen Kurs unterstützen, und danke dem ORH, der uns immer wieder die richtigen Hinweise gibt, um den richtigen Weg in die Zukunft einzuschlagen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung, die dadurch noch rechtzeitig gekommen ist, dass Sie ein bisschen länger geredet haben. Der Kollege Helmut Kaltenhauser hat sich zu Wort gemeldet. Herr Kaltenhauser, bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Zellmeier, ich beziehe mich noch einmal auf das anfängliche Zitat. Es erschließt sich mir nicht, warum der ORH alles entdecken soll. – Der ORH macht keine Vollprüfung. Er macht eine risikogewichtete Stichprüfung. Das heißt, es ist durchaus möglich – vielleicht nur in kleinerem Ausmaß –, dass es nebenher eine ganze Reihe an Fällen gibt. Wenn man von einer risikogewichteten Gleichverteilung ausgeht, dann gibt es jede Menge anderer Fälle. Es ist also völlig legitim zu sagen, dass es noch mehr Fälle gibt, die wir noch nicht gesehen haben.

Josef Zellmeier (CSU): Liebe Kollege Kaltenhauser, natürlich kann es daneben auch noch weitere Fälle geben. Im Hinblick auf den Gesamtetat – wir reden ja von rund

70 Milliarden Euro und in den regulären Jahren von 60 Milliarden Euro – sind das trotzdem Einzelfälle. Der ORH hat übrigens ein ganz gutes Gefühl dafür, wo er hinschauen muss. Ich denke, Sie dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob es ein strukturelles Problem gäbe; es gibt kein strukturelles Problem. Wir haben insgesamt eine solide Haushaltsführung. Im Großen und Ganzen klappt es. Einzelfälle werden vom ORH zu Recht angesprochen, und wir korrigieren sie. Wenn es noch einige wenige unentdeckte Einzelfälle gibt, dann wird das auch anderswo so sein. Ich sage Ihnen aber eines: In anderen Bundesländern werden Einzelfälle nicht unbedingt der Ausnahmefall sein. Da wird es viel mehr Fälle geben. Bei uns sind es wirklich echte Ausnahmefälle.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister Albert Füracker. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entlastung unseres Haushaltes und unseres Wirtschaftens, sprich dessen, was wir als Staatsregierung finanztechnisch tun, ist für mich als zuständigen Finanzminister im Landtag ein wichtiger Moment und tatsächlich eine wichtige Stunde, um Bilanz zu ziehen. Wir haben jetzt oft genug gehört, dass wir vom Obersten Rechnungshof gut beobachtet, geleitet und kritisiert werden. Für mich ist entscheidend, dass uns eine ordentliche Haushalts- und Wirtschaftsführung bescheinigt wird. Der Oberste Rechnungshof tut das, worauf es ankommt, also sehr deutlich, indem er feststellt: Jawohl, was ihr tut, ist richtig und verantwortbar. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf kommt es an.

Seit dem 21. März des Jahres 2018 darf ich jetzt bayerischer Finanzminister sein. Das heißt, das Jahr 2019 ist das erste Jahr, das ich in dieser Funktion vollständig verantworten durfte. Ich bin mir auch bewusst, die Wahrscheinlichkeit ist recht groß, dass es das einfachere Jahr für einen bayerischen Finanzminister im Vergleich zu dem ist, was dann in den Jahren 2020, 2021, 2022 ff. kommen könnte. Das haben wir auch gehört.

Umso erfreulicher ist es, dass wir auch für die nächsten Jahre miteinander, glaube ich – die Haushaltsdebatte für das Jahr 2021 haben wir absolviert –, einen Weg gefunden haben, in der Krise selbst so zu handeln, dass der ORH – das ist meine Prognose, weil Haushaltspolitik so angelegt ist – wieder die Entlastung empfohlen wird und dass wir davon ausgehen können, dass wir selbst in der Krise gute Haushaltsführung betreiben können. Warum? – Weil wir vor der Krise ordentlich gewirtschaftet haben.

Das hat sogar Frau Köhler bescheinigt. Das hat mich fast schon gerührt, Frau Köhler. Es ist immer gut, wenn Sie mich und uns loben, weil das so selten der Fall ist, dass es dann auf jeden Fall stimmen wird.

Ich sage das auch; denn natürlich ist dieses einfachere Jahr 2019 ein Jahr, in dem die Einnahmesituation in der Tat noch besser war, als es im Moment der Fall ist, und in dem jetzt auch das eine oder andere im Verfahren des Verwaltungsvollzugs die Kritik des ORH erfahren hat. Da kann ich aussagen: Die gesamte Bayerische Staatsregierung strengt sich an, solche Kritikpunkte auch abzuarbeiten. Manches von dem, was kritisiert wurde, ist schon verbessert und auf einem guten Weg. Für mich sind dies Punkte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die mich nicht sonderlich erregen; denn dass es bei solch großen Verwaltungsapparaten, wie sie der Freistaat Bayern hat, da und dort einmal einen Hinweis geben kann, wie man etwas noch verbessern könnte, akzeptiere ich und nehme ich an. Ich würde auch jedem, der eine Verwaltung oder eine Behörde führt, raten, solche Hinweise anzunehmen. Auf keinen Fall wird im Bericht – das ist für mich entscheidend – jedoch der Vorwurf erhoben, wir hätten Geld verschwendet oder wären mit Geld in ungebührlicher Weise umgegangen. Das ist schlicht und ergreifend nicht der Fall. Darauf kommt es an. Der ORH empfiehlt die Entlastung. Eine ordentliche Haushalts- und Wirtschaftsführung ist bescheinigt. Das freut mich.

Dass die Kolleginnen und Kollegen Finanzminister in Deutschland natürlich auch, wenn wir uns so unterhalten, immer wieder zu mir sagen, deine Probleme möchte ich auch haben, tröstet mich nicht vollkommen; denn es ist ja nicht so, dass man sich

freut, wenn andere noch größere Probleme haben als man selbst. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn wir über Verschuldungsfragen sprechen, über die Frage der Finanzierung der Pandemie, Sonderfonds Corona und Unterstützung für die Wirtschaft, haben wir jedenfalls bei uns im Verhältnis zu dem, was andernorts nötig ist, die Dinge offensichtlich schon noch – wir haben es gerade von Bremen gehört – sehr gut geordnet. Wir haben eine sehr hohe Investitionsquote. Was die Schulden- und die Zinsquote anbelangt, haben wir historisch niedrige Werte. Im Jahr 2019 haben wir sogar noch Schulden abgebaut. Wir hören – das ist auch sehr interessant – auf der einen Seite den Vorwurf, wir würden zu viel Geld ausgeben, auf der anderen Seite aber einen sehr intensiven Vorwurf, wir gäben zu wenig Geld aus.

Ein Haushaltsrest, der übertragen wird, meine Damen und Herren, ist zunächst einmal finanziert. Natürlich kann ich, wenn Gebäude nicht fertig werden und zum Beispiel die Unterstützung im Bereich Wohnraumförderung in einem Jahr nicht gebraucht wird, als Finanzminister sagen: Wunderbar, das ziehe ich jetzt ein. Das Geld ist nicht ausgegeben worden, das gehört jetzt erst einmal wieder dem Finanzminister. Ob das der Sache aber wirklich dient, überlasse ich Ihrer eigenen Bewertung. Ich glaube, wenn ich Haushaltsreste übertrage, die einem bestimmten Zweck zugeordnet sind, ist es nur sinnvoll und logisch, das zu tun. Ich könnte jetzt zum Beispiel auch die Reste einziehen, die für die zweite Stammstrecke eingepreist sind. All das könnte ich tun. Ich weiß jedoch nicht, ob wir nur deswegen wirklich eine bessere Haushaltsführung hätten, weil ich all das Geld wieder einziehe und dann erkläre, die Projekte könnten jetzt leider nicht umgesetzt werden. Dann würden wir hier diskutieren, was dem Finanzminister überhaupt einfällt, jetzt das Geld für Projekte, die vorgesehen und nur nicht fertig geworden sind, einzuziehen, das dann im nächsten Jahr nicht zur Verfügung steht.

Insofern raubt mir also der Vorwurf, wir hätten zu viele Haushaltsreste, nicht wirklich den Schlaf. Das sage ich ganz ehrlich. Wir haben auch massiv eingezogen. Wir haben in den letzten neun Jahren über 2 Milliarden Euro eingezogen. Wir haben alleine im

Haushalt 2021 einen Konsolidierungsbeitrag von 538 Millionen Euro im Haushalt stehen, also Resteeinzug mit Vorankündigung. Ich glaube, wir strengen uns hier an, aber ich sage es noch einmal ganz bewusst: Wenn das größte Problem des bayerischen Haushalts übertragene Reste sind, die etwas mehr sind, als es dem ORH möglicherweise gefällt, kann ich damit gut leben, auch wenn wir uns bei Planung und Umsetzung sehr anstrengen. Nur sind die Unsicherheit sowie die Planungs- und Umsetzungsfragen eben sehr kompliziert.

Ich nenne nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe bis vor drei oder vier Monaten nicht gehört, dass es auf Baustellen nicht vorangeht, weil es keine KG-Rohre und keine Eisen- und Stahllieferungen mehr gibt, damit Baustahl in den Beton gebunden werden kann. Ich habe auch nicht gehört, dass das Holz zu knapp wäre. Das haben wir im Januar und Februar noch nicht diskutiert, jetzt schon. Wer soll dann garantieren, dass zum Beispiel jedes Gebäude, das jetzt geplant ist, in der Zeit fertig wird, die zunächst veranschlagt war? – Das sind doch Parameter, die niemand von uns im Griff hat. Sich hier gegenseitig Vorwürfe zu machen, ist, glaube ich, nicht angebracht, wenngleich die Kritik angenommen wird. Ich kann hierzu sagen, dass es nicht mein Ziel ist, endlos Haushaltsreste aufzubauen, aber sich die Dinge aus der praktischen Umsetzung solch großer Haushalte und solch großer Maßnahmen so ergeben.

Zweitens, die Planungssicherheit insgesamt. Ich sage es noch einmal: Auf der einen Seite werde ich leidenschaftlich kritisiert, wir würden zu viel Schulden aufnehmen. Auf der anderen Seite werde ich leidenschaftlich aufgefordert, Schulden zu machen, um das Klima zu retten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Debatten sind in einer Demokratie zu ertragen. Wir versuchen, dies in ausgewogener Weise zu tun. Wir haben für das Klima schon jetzt unheimlich viel Geld im Haushalt stehen. Es ist ja nicht so, dass man hier bei null anfangen müsste. Man könnte, wofür auch immer, stets noch mehr Geld brauchen, aber es gibt auch die Diskussion, wofür Schulden aufgenommen werden dürfen und wofür nicht. Ich glaube, dass wir uns auch im Be-

reich Klima gut sehen lassen können. Auch wird debattiert, ob wir in der Vergangenheit zum Beispiel zu viel Personal abgebaut hätten und ob wir mehr Personal bräuchten.

Frau Köhler, ich glaube, über eines können wir nicht streiten, dass der Personalaufbau des Freistaates Bayern in den letzten Jahren zu gering war. Diesen Vorwurf habe ich, ehrlich gesagt, noch nie erhalten. Tatsächlich ist es aber so, dass es auch hier darum geht zu betrachten, wo es Bedarf gibt und ob man Lehrer und Polizisten braucht. Das haben wir getan. Wir haben auch mehr Finanzbeamte. Es gibt immer eine Debatte um die Ausgewogenheit dessen, was erforderlich ist. Deswegen, glaube ich, haben wir hier auch eine gute Mitte gefunden, was notwendig ist.

Schulden können nur über den Corona-Sonderfonds entstehen, Herr Dr. Kaltenhauser. Ich weiß, Sie haben dafür leidenschaftlich gekämpft, aber hier haben auch meine Haushälter in der CSU-Fraktion intensiv gekämpft. Josef Zellmeier, Hans Herold und alle seine Freunde haben gesagt, den Corona-Sonderfonds wird es für den Finanzminister in 2021 nur geben, wenn der Haushaltsausschuss zustimmt. Das heißt, alles, was dort beschlossen und über den Corona-Sonderfonds finanziert wird, wird der Haushaltsausschuss beschließen müssen. Insofern kann die Staatsregierung hier nicht alleine in der Haushaltsführung kritisiert werden, sondern hier tragen wir auch die Verantwortung im Parlament, so, wie das gewünscht war.

Wir haben im Jahr 2020 die von Josef Zellmeier genannten 7,2 Milliarden Euro aufgenommen und nicht die ganzen 20 Milliarden Euro gebraucht. Ich sage auch für das Jahr 2021: Wenn von den 20 Milliarden Euro, die wir für 2020 und 2021 vorgesehen hatten, am Schluss etwas übrig bleibt, bin ich für jeden Euro dankbar und glücklich. Es ist nicht mein Ziel, das Geld auszugeben. Die Bereitstellung ist nur eine Vorsorgemaßnahme, wenn es denn benötigt wird aufgrund der Pandemie und für die Pandemiebekämpfung in die Zukunft hinein. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir aus der Pandemie herausgehen und was wir tun müssen, damit wir jetzt nicht in der Pandemie allen helfen und jeden retten und dann die Pandemie für beendet erklären und sagen:

Jetzt können wir nichts mehr ausgeben; schaut, wo ihr bleibt. – Das ist keine Politik, die nachhaltig wirkt. Deswegen müssen wir gedeihlich voranschreiten.

Genauso ist es mit dem BayernFonds. Lieber Herr Mang, ich bin ein toleranter Mensch im Zuhören und im Antworten. Aber sich hierher zu stellen und zu sagen, wir haben viel zu hohe Vorsorge betrieben und jetzt ist viel zu wenig ausgegeben – auch hier geht es mir so. Hinter Ihnen sitzt der Dr. Kaltenhauser. Ich bin doch froh über jedes Unternehmen, das wir nicht retten müssen. Ich bin doch froh über jeden Euro, mit dem wir nicht ins Risiko gehen müssen, um mittelständische Unternehmen in der Pandemie zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich verstehe da die Welt nicht mehr. Da kommt der Herr Mang und kritisiert, dass wir zu wenig Geld ausgegeben haben.

Im Übrigen ist es auch hier so, dass die Kontrollkommission im Bayerischen Landtag darüber entscheidet, wer letztlich die BayernFonds-Unterstützung bekommt oder eben nicht. Wenn das Geld nicht gebraucht wird – das ist interessant: Da hat man der Öffentlichkeit mitgeteilt, der Freistaat Bayern hätte 46 Milliarden Euro Schulden für den BayernFonds gemacht. – Wir haben Ermächtigungen, das machen zu dürfen, wenn die Kontrollkommission das beschließt. Das ist alles. Das kann ich doch nicht zu den Schulden des Freistaates Bayern addieren. Das ist von der Berechnung her nicht besonders seriös – wie auch immer es sein mag.

Deswegen ist es auch hier so: Je weniger BayernFonds in der Praxis gebraucht wird, umso besser ist es jedenfalls aus meiner Sicht. Warum das jetzt aus Ihrer Sicht kritikwürdig erscheint, Herr Mang, das bleibt letztendlich Ihr Geheimnis.

Jetzt ist die Frage: Wie können wir aus dieser Krise heraus das tun, was alle von uns erwarten, um in den nächsten Jahren eine gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen? Da kann man jetzt diskutieren: Ist zum Beispiel die Hightech Agenda Plus corona-

fondswürdig oder nicht? – Selbstverständlich ist sie das, weil das die Dinge sind, die wir im investiven Bereich anlegen, um auch aus der Krise heraus und nach der Krise das zu tun, was alle von uns erwarten: Investitionen zu ermöglichen.

Diskutieren Sie mal mit den Ökonomen in diesem Land. Es gibt unheimlich viele Ökonomen, die im Fernsehen sind, und andere, die an den Universitäten berichten und sonst wo. Sie haben eigentlich nur eine große Empfehlung an alle politisch Verantwortlichen in diesem Land: Sie raten uns alle, durch Investition gegen die Krise zu kämpfen. Nur das höre ich überall, egal mit wem ich mich unterhalte unter all den Gelehrten im Bereich der Ökonomie, der Wirtschaft. Dies sagen mir alle: Whatever it takes im Hinblick auf Investitionen. Das wäre also notwendig, um die Krise zu bewältigen. Das haben wir mit der Hightech Agenda Plus getan. Ich glaube, dass der Bund und die anderen Bundesländer das in Zukunft noch tun müssen.

Wir werden noch mehr gegen diese Krise investieren müssen. Damit es jetzt nicht einfach abreißt, werden wir klug überlegen müssen, wo wir uns coronabedingt im investiven Bereich noch einbringen können. Damit werden wir noch für einige Haushalte zu tun haben, das kann ich Ihnen sagen. Es sei denn, es ist plötzlich alles wieder so wie vorher, und wir haben sprudelnde Steuereinnahmen, alle investieren und allen geht es gut. Diese Schulden, die wir hier machen, können wir im Sinne der Nachhaltigkeit für die nächste Generation gut platzieren. Wenn wir zum Beispiel im Bereich von Hochschule und Wissenschaft – Hightech Agenda Plus – Investitionen machen, Herr Gerhard Waschler, dann ist das meines Erachtens eine echte Investition auch für die nächste Generation. Von diesen Dingen, die dort entwickelt werden, profitieren doch nicht vor allen Dingen diejenigen, die im letzten Jahrtausend geboren sind, so wie viele in diesem Raum, auch ich, sondern das ist Zukunftsinvestition. Darauf legen wir Wert.

Da brauchen wir uns nicht vom Weg abbringen zu lassen. Das ist auch nicht das, was der ORH mit seiner Kritik im Grunde meint. Dass wir uns in der Haushaltspolitik von Haushaltsgesetzen, von Verfassungsfragen, von all diesen Dingen leiten lassen –

meine Damen und Herren, das ist doch selbstverständlich. Aber wir dürfen nicht glauben, dass wir uns durch kleinliche Debatten im Bereich des Investiven gegenseitig von dem Weg abbringen, dieses Land gut durch die Zukunft zu führen.

Ich danke allen, die diese Unterstützung gewähren. Ich danke heute auch allen, die einer Entlastung der Staatsregierung zustimmen können; denn es ist in der Tat so, dass das Jahr 2019 – ich sage das noch einmal – ohnehin weniger problematisch war. Zu denen, die glauben, dass sie mir nächstes Jahr sagen können: Die Planungssicherheit, um Gottes Willen. Was haben Sie alles geplant, das sage ich schon mal prophylaktisch. Es könnte im Jahr 2021 noch etwas komplizierter werden, als es 2019 war.

Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wir strengen uns verdammt an, einen ordentlichen, guten Haushalt, den besten in Deutschland, vorzulegen. Wir suchen die besten Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft. Ich baue hier weiter voller Zuversicht darauf, dass diese verantwortungsvolle Arbeit der Staatsregierung Ihre Unterstützung findet. Ich vertraue auf dieses konstruktive Miteinander zum Wohle dieser einzigartigen Heimat und ihrer Menschen. Ich danke herzlich dafür und bitte um diese Entlastung, von der ich meine, dass wir sie für unser Haus und für die ganze Staatsregierung verdient haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Minister. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Mang von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Einmal haben Sie gesagt, die Tatsache, dass die Kontrollkommission BayernFonds so wenig Mittel bewilligt hat, sei ein gutes Zeichen für den Mittelstand, weil er so wenig bräuchte. – Das glaube ich nicht, weil die Insolvenzquote zeigt, dass es dem Mittelstand gerade schlecht geht. Unsere Kritik ist, dass der BayernFonds hier als Instru-

ment ungeeignet ist. Wenn man so was schon installiert, sollte man es so installieren, dass es mehr genutzt werden kann. Beim Corona-Sonderfonds hat der ORH kritisiert, dass hier die Hightech Agenda mitfinanziert wird und dass das nicht zulässig ist.

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich kann es Ihnen nur noch einmal sagen: Die grundsätzliche Frage, ob ich Investitionen über den Corona-Sonderfonds zur Bekämpfung der Pandemiefolgen tätigen darf, hat nicht dazu geführt, dass der ORH gesagt hat, wir hätten eine schlechte Haushaltsführung, sondern er hat darauf hingewiesen, dass das aus Sicht des ORH etwas ist, was wir diskutieren. Das tun wir auch. Wir diskutieren das sehr intensiv. Selbstverständlich. Ich sage Ihnen noch einmal, dass Investitionen ein Mittel zur Bekämpfung von Corona-Folgen sind, dessen wir uns bedienen und das sinnvoll ist. Da werden Sie erleben, dass das nicht nur in Bayern gemacht wird, sondern auch anderswo.

Das Zweite: Beim BayernFonds haben wir irre Restriktionen gehabt, was man überhaupt darf, beihilferechtliche Fragen. Wir können nicht einfach nach Gutdünken Firmen retten. Das muss die Europäische Union notifizieren. Wir haben monatelang gerungen, damit für das, was wir vorgelegt haben, überhaupt die Genehmigung erteilt wird. Ein Mehr an Möglichkeiten der Hilfe aus dem BayernFonds ist nicht darstellbar gewesen. Wir haben diesen BayernFonds als Ergänzung zum Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes gestaltet, um überhaupt kleineren Unternehmen die Möglichkeit anbieten zu können. Einige Unternehmen wurden geprüft. Die Kontrollkommission hat entschieden. Ich glaube nicht, dass die Unternehmen, die keinen Antrag beim BayernFonds gestellt haben, deswegen alle in Insolvenz gehen, weil sie nicht durch den BayernFonds unterstützt werden konnten. Die Regularien sind nicht so, dass man hier alle Spielräume hätte, die man sich selber vorstellt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Das ist die Entlastung der Staatsregierung. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/15822 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt werden soll.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019 und aufgrund des Jahresberichts 2021 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absätze 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a bis n eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/15822. Ich lasse zunächst über die Buchstaben einzeln abstimmen, zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt.

Hier beginne ich mit der Abstimmung über Nummer 2 Buchstabe b. Wer dem Buchstaben b zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme nun zur Abstimmung über Nummer 2 Buchstabe i. Wer dem Buchstaben i zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! Das sind die AfD-Fraktion, der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) und die SPD-Fraktion.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Nummer 2 Buchstabe k. Wer dem Buchstaben k zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos).

Nun lasse ich gemeinsam über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einstimmig beschlossenen Buchstaben der Nummer 2 abstimmen. Dies sind die Buchstaben a, c mit h, j und l mit n. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der GRÜNEN und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos).

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/15822 ist damit in allen Punkten zugestimmt worden. Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen. Jetzt geht es um die Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/15823 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2019 für den Einzelplan 11 die Entlastung erteilt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2019 für den Einzelplan 11 gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt. Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 sind damit erledigt.